



UNTERNEHMENS- INSOLVENZEN IN EUROPA

Jahr 2023

INHALT

SEITE

1	Insolvenzen in Westeuropa im Jahr 2023 – Zahlen und Entwicklungen	1
1.1	Einleitung	1
1.2	Die Entwicklung 2023 in Westeuropa	1
1.3	Insolvenzen nach Wirtschaftsbereichen	5
1.4	Länderüberblick	8
2	Finanzierungs- und Liquiditätssituation europäischer Unternehmen	15
2.1	EBIT-Marge – Umsätze und Erträge	15
2.2	Eigenkapital	16
2.3	Forderungslaufzeiten	19
2.4	Zahlungsziele	21
3	Unternehmensinsolvenzen in Mittel- und Osteuropa	22
4	Insolvenzen in der Türkei	26
5	Insolvenzen in den USA	27
6	Zusammenfassung	28
	Verzeichnis der Informationsquellen	31

■ 1 Insolvenzen in Westeuropa im Jahr 2023 – Zahlen und Entwicklungen

1.1 Einleitung

Die wirtschaftliche Entwicklung in Europa verlor im Jahr 2023 deutlich an Schwung. Gemäß Schätzungen der EU-Kommission verzeichnete der Wirtschaftsraum lediglich ein minimales Wachstum und eine insgesamt schwache Konjunkturlage. Um der hohen Inflation entgegenzuwirken, hatte die Europäische Zentralbank (EZB) in mehreren Schritten die Zinsen erhöht (Zinswende). Diese restriktive Geldpolitik dämpfte Nachfrage und Investitionen. Die Inflation blieb trotz einer Abschwächung im Jahresverlauf in den meisten Ländern deutlich über der Zielmarke der EZB. Auch global gesehen waren nur wenige Konjunkturimpulse zu verzeichnen, da wichtige Handelspartner der europäischen Wirtschaft ebenfalls einen Abschwung verzeichneten. Geopolitische Spannungen wie der Konflikt im Nahen Osten verstärkten zudem die Unsicherheit in der Wirtschaft.

Schlechte Wirtschaftslage in Europa

Die vorliegende Darstellung gibt Aufschluss darüber, wie es um die Unternehmensstabilität in Europa in Bezug auf Insolvenzen und Insolvenzgefährdung bestellt ist. Besonders für mittelständische Exportunternehmen, die keine eigenen Produktions- oder Vertriebsstützpunkte im europäischen Ausland haben, ist es entscheidend zu erfahren, welche wirtschaftlichen Risiken bei ihren Geschäftspartnern jenseits der Grenze bestehen.

1.2 Die Entwicklung 2023 in Westeuropa

In den Ländern Westeuropas, hier abgegrenzt als EU-14-Staaten plus Norwegen, Schweiz und Großbritannien, setzte sich im Jahr 2023 der Anstieg der Insolvenzen fort. Im Vergleich zu 2022 (140.168 Fälle) stieg die Zahl der Firmeninsolvenzen 2023 um rund 21 Prozent. Bereits im Vorjahr hatte sich dieser Trend abgezeichnet, als die Zahl der Insolvenzen um etwa 24 Prozent zunahm. Insgesamt wurden im Verlauf

Anstieg der Insolvenzen setzt sich fort

des Jahres 2023 knapp 170.000 Unternehmensinsolvenzen registriert. Die Zahlen erreichten zuletzt im Jahr 2015 ein vergleichbares Niveau.

Tab. 1: Unternehmensinsolvenzen in Westeuropa

■	2023	2022	2021	2020	2019	Veränderung 2022/23 in Prozent
Belgien	10.243	9.265	6.533	7.203	10.598	+ 10,6
Dänemark	6.948	7.818	8.339	5.614	8.474	- 11,1
Deutschland	18.020	14.660	14.130	16.040	18.830	+ 22,9
Finnland	3.314	2.656	2.473	2.135	2.597	+ 24,8
Frankreich	55.996	41.284	27.470	31.036	51.201	+ 35,6
Griechenland ¹⁾	1.412	46	108	102	107	+ 2.969,6
Großbritannien	26.391	23.192	14.820	13.298	18.256	+ 13,8
Irland	663	530	401	575	568	+ 25,1
Italien	8.477	7.190	9.017	7.650	11.161	+ 17,9
Luxemburg	944	1.006	1.199	1.199	1.263	- 6,2
Niederlande ²⁾	2.871	1.854	1.536	2.703	3.209	+ 54,9
Norwegen ²⁾	3.745	3.040	2.688	4.100	5.013	+ 23,2
Österreich	5.490	4.913	3.076	3.106	5.235	+ 11,7
Portugal	3.706	3.869	4.770	5.000	5.071	- 4,2
Schweden	9.397	7.299	6.901	7.695	7.776	+ 28,7
Schweiz ³⁾	7.335	6.791	5.127	4.893	6.009	+ 8,0
Spanien ²⁾	4.544	4.755	4.098	4.097	4.464	- 4,4
Gesamt	169.496	140.168	112.686	116.446	159.832	+ 20,9

¹⁾ Anstieg ist auf neue gesetzliche Regelungen zurückzuführen. Außerdem ist davon auszugehen, dass zahlreiche Unternehmen schließen, ohne Insolvenz anzumelden.

²⁾ ohne natürliche Personen als Einzelunternehmen

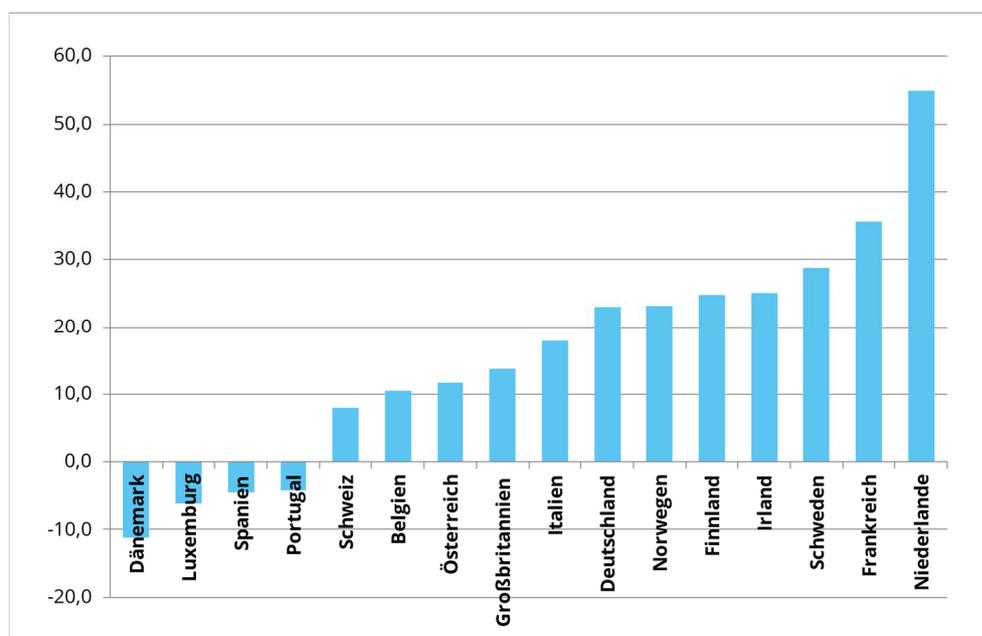
³⁾ ohne Konkurse aufgrund von Mängeln in der Organisation

Seit dem Tiefpunkt des Insolvenzgeschehens während der Corona-Pandemie im Jahr 2021 (112.686 Insolvenzen) haben sich die Fallzahlen wieder deutlich erhöht. Damals waren die Insolvenzen aus verschiedenen Gründen rückläufig. So hatten die meisten Regierungen zahlreiche Hilfsmaßnahmen für die Wirtschaft eingeführt, um die Folgen der Pandemie abzumildern. Die Auswirkungen der Pandemie, wie beispielsweise Lockdowns, spiegelten sich nicht vollständig im Insolvenzgeschehen.

Mittlerweile wird der Vor-Corona-Stand übertroffen. Beispielsweise lag die Insolvenzzahl für Westeuropa im Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019 bei rund 162.000. Der aktuelle Anstieg der Fallzahlen ist hauptsächlich auf die schlechte Wirtschaftslage in Europa zurückzuführen. Zudem dürften die vorangegangenen Krisen (Energiekostensteigerung, Inflation, Corona) die Unternehmensstabilität noch negativ beeinflusst haben. Ertragslage und auch Unternehmensfinanzierung sind teilweise erheblich beeinträchtigt. Das seit zwei Jahren ansteigende Insolvenzgeschehen spiegelt diese Entwicklung.

Druck auf die Unternehmen durch multiple Krisen

Abb. 1: Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen in Westeuropa 2022/23



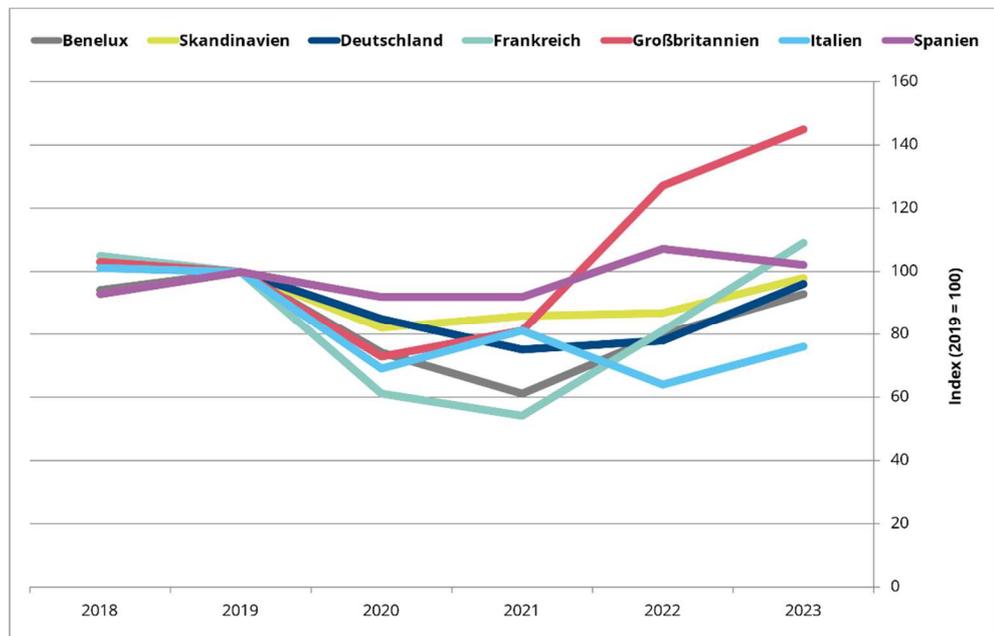
Veränderungen in Prozent (ohne Griechenland); Quelle: Creditreform

In der Mehrheit der betrachteten Länder Westeuropas stiegen die Insolvenzzahlen (vgl. Abb. 1). Die größten Anstiege verzeichneten dabei die Niederlande (plus 54,9 Prozent) und Frankreich (plus 35,6 Prozent). In Schweden, Irland, Finnland, Norwegen und Deutschland erhöhten sich die Zahlen um mehr als 20 Prozent. Hingegen wurde ein Rückgang der Fallzahlen in vier Ländern verzeichnet: Dänemark, Luxemburg, Spanien und Portugal.

Vor-Corona-Niveau vielerorts wieder erreicht

Der Insolvenztrend spiegelt sich auch im Index (vgl. Abb. 2). Mittlerweile liegen die Zahlen u. a. in Großbritannien und Frankreich über dem Referenzwert, der in dieser Analyse das Jahr 2019 darstellt. Dem Vor-Corona-Niveau näherten sich die Insolvenzzahlen in Skandinavien, Deutschland und in den Benelux-Ländern an. Noch unterhalb des Niveaus von 2019 liegen die Unternehmensinsolvenzen in Italien.

Abb. 2: Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen in ausgewählten Ländern und Regionen



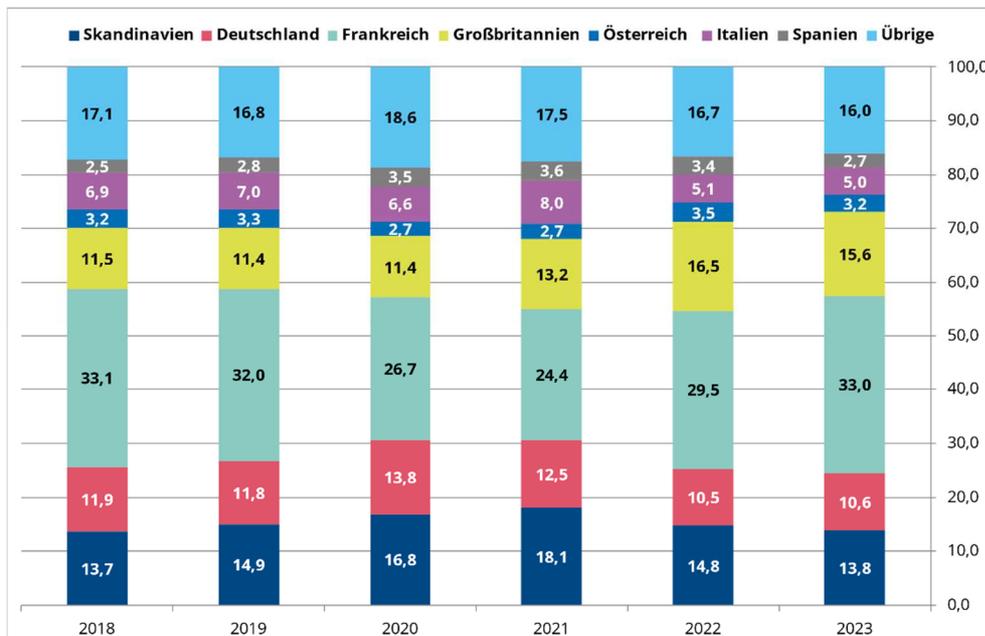
Angaben in Indexpunkten; Quelle: Creditreform

Frankreich dominiert Insolvenzgeschehen

Mit einem Anteil von 33 Prozent war die Insolvenzentwicklung in Westeuropa im Jahr 2023 maßgeblich von Frankreich geprägt. Auch Großbritannien spielt mit einem Anteil von zuletzt 15,6 Prozent weiterhin eine bedeutende Rolle. Es folgen die skandinavischen Ländern, deren Anteil zuletzt jedoch rückläufig war (2023: 13,8 Prozent; 2022: 14,8 Prozent), während der Anteil Deutschlands nahezu unverändert blieb. Im Vergleich zur Situation in den Jahren 2018/2019 zeigt sich eine steigende Bedeutung von Großbritannien für das Insolvenzgeschehen in Westeuropa (vgl. Abb. 3), während der Anteil Deutschlands und Italiens eher zurückgegangen ist. Einen geringeren Anteil am Insolvenzgeschehen als vor der Corona-Pandemie

weisen zudem die übrigen Länder (u. a. die Benelux-Staaten und die Schweiz) auf, die zusammen etwa ein Sechstel der Insolvenzen in Westeuropa ausmachen.

Abb. 3: Verteilung der Unternehmensinsolvenzen in Westeuropa



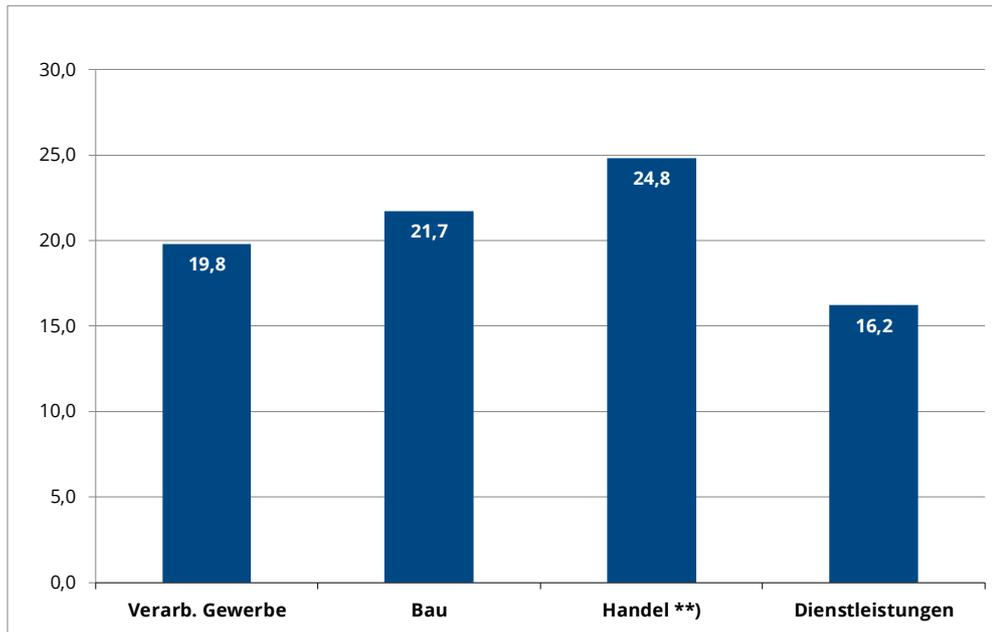
Angaben in Prozent; Quelle: Creditreform

1.3 Insolvenzen nach Wirtschaftsbereichen

In allen Hauptwirtschaftsbereichen stiegen die Insolvenzzahlen zweistellig. Besonders deutlich fiel der Anstieg im Handel (inkl. Gastgewerbe) mit einem Plus von 24,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr aus, nachdem bereits 2022 ein markanter Zuwachs von fast 30 Prozent zu verzeichnen war. Dies dürfte auf eine schlechte Verbraucherstimmung aufgrund der Inflation zurückzuführen sein. Der Konsum war rückläufig. Im Dienstleistungsgewerbe stieg die Zahl der Insolvenzen weniger stark als in den übrigen Wirtschaftsbereichen (plus 16,2 Prozent). Der Anstieg hat sich damit etwas abgeschwächt (2022: plus 22,6 Prozent). Im Verarbeitenden Gewerbe hingegen beschleunigte sich die Insolvenzentwicklung. Die Fallzahlen stiegen diesmal stärker als im Vorjahr (plus 19,8 Prozent).

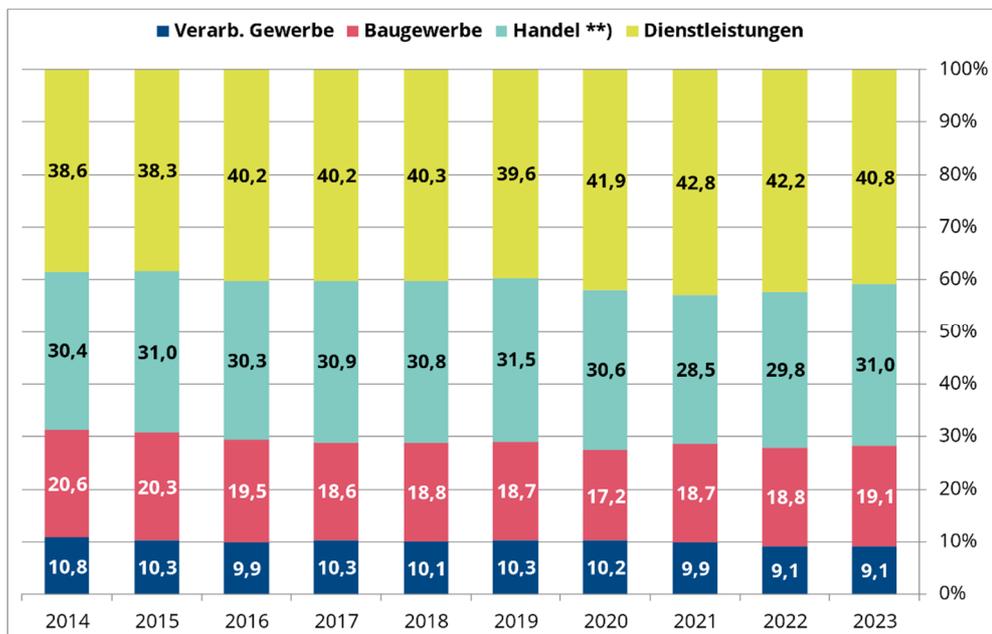
Zweistelliger Anstieg in allen Wirtschaftsbereichen

Abb. 4: Veränderungen in den Hauptwirtschaftsbereichen in Westeuropa 2022/23 *)



Veränderungen in Prozent; *) ohne Griechenland
 **) inkl. Gastgewerbe; Quelle: Creditreform

Abb. 5: Anteil der Hauptwirtschaftsbereiche am Insolvenzgeschehen in Westeuropa 2014 bis 2023 *)

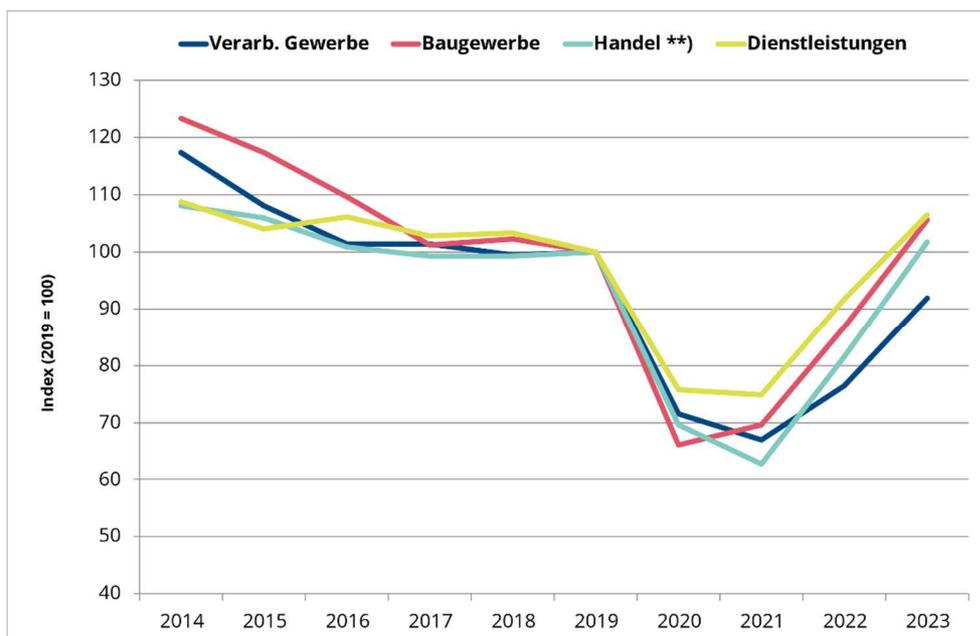


Angaben in Prozent; *) ohne Griechenland; **) inkl. Gastgewerbe
 Quelle: Creditreform

Anteilmäßig gab es die meisten Insolvenzfälle im Dienstleistungssektor (40,8 Prozent). Dieser Wert war jedoch niedriger als im Vorjahr (2022: 42,2 Prozent). Der Anteil des Handelssektors am Insolvenzgeschehen erhöhte sich hingegen von 29,8 auf 31,0 Prozent. Im Verarbeitenden Gewerbe (9,1 Prozent) blieb der Anteil unverändert. Im Baugewerbe (19,1 Prozent) war ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Dabei nimmt der Anteil des Baugewerbes nach jahrelangem Rückgang wieder zu und erreichte den höchsten Stand seit 2016. Ein Rückgang ist hingegen in der langfristigen Betrachtung im Verarbeitenden Gewerbe festzustellen (vgl. Abb. 5).

Baugewerbe: Höchster Stand seit 2016

Abb. 6: Entwicklung der Insolvenzen in den Hauptwirtschaftsbereichen 2014 bis 2023 *)



Angaben in Indexpunkten; *) ohne Griechenland; **) inkl. Gastgewerbe

Die Trendwende im Insolvenzgeschehen hat sich in allen Wirtschaftsbereichen fortgesetzt (vgl. Abb. 6). Im Baugewerbe, Handel und Dienstleistungsgewerbe wurde der letzte Vor-Corona-Stand (2019) mittlerweile übertroffen. Allein im Verarbeitenden Gewerbe liegen die Zahlen noch knapp unter diesem Referenzjahr. Während der Corona-Krise waren die Insolvenzzahlen infolge von Sondereffekten stark eingebrochen.

1.4 Länderüberblick

Im Folgenden ein Blick auf die Insolvenzentwicklung in den einzelnen westeuropäischen Ländern.

Belgien

In Belgien stieg die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um 10,6 Prozent auf insgesamt 10.243 Fälle. Der Anstieg setzte sich damit fort, verlangsamte sich jedoch im Vergleich zum Vorjahr, als die Insolvenzen um fast 42 Prozent gestiegen waren. Überdurchschnittlich stark erhöhten sich die Zahlen im Baugewerbe, während weiterhin der Großteil des Insolvenzgeschehens mit 39,8 Prozent auf den Handel entfällt. Das Baugewerbe weist einen Anteil von 21,8 Prozent auf.

Dänemark

In Dänemark setzte sich der Rückgang der Insolvenzen aus dem Vorjahr fort. Die Zahl der Insolvenzfälle nahm um 11,1 Prozent ab – nach einem Rückgang von 6,2 Prozent im Vorjahr. Insgesamt wurden hier 6.948 Unternehmensinsolvenzen registriert. Das Insolvenzaufkommen liegt damit in etwa auf dem Niveau des Jahres 2018. Mit einem Anteil von 50,5 Prozent entfielen die meisten Insolvenzen auf das Dienstleistungsgewerbe. Gegen den Trend leicht erhöht haben sich die Insolvenzzahlen im Baugewerbe, während sie im Dienstleistungssektor deutlich abnahmen.

Deutschland

In Deutschland stieg die Zahl der Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2023 um 22,9 Prozent. Dieser Wert liegt etwas über dem Durchschnitt der westeuropäischen Länder. Im Verlauf des Jahres wurden 18.020 Fälle registriert (Vorjahr: 14.660). Damit liegen die Insolvenzzahlen noch leicht unter dem letzten Vor-Corona-Jahr (2019). In allen Wirtschaftssektoren stiegen die Fallzahlen mit zweistelligen Raten. Das Dienstleistungsgewerbe dominiert erneut das Insolvenzgeschehen mit einem Anteil von 57,4 Prozent.

Finnland

Finnland verzeichnete einen deutlichen Anstieg der Insolvenzzahlen um 24,8 Prozent. Bereits in den beiden Vorjahren war es zu einem Anstieg gekommen (2022: plus 7,4 Prozent; 2021: plus 15,8 Prozent). Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen lag mit 3.314 Fällen auf dem höchsten Stand seit 2009. Offensichtlich hat die aktuelle Wirtschaftskrise ähnlich wie damals die Finanzkrise zu mehr Insolvenzen geführt. Alle Wirtschaftsbereiche waren betroffen, wobei das Baugewerbe und der Handel einen Anstieg der Fallzahlen verzeichneten. Insgesamt entfielen auf den Bausektor nun 23,6 Prozent aller Insolvenzen, auf den Handel 26,9 Prozent.

Frankreich

Frankreich verzeichnete im Jahr 2023 ebenfalls einen deutlichen Anstieg des Insolvenzniveaus. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen liegt um 35,6 Prozent über dem Vorjahresstand. Bereits zuvor war es zu einem massiven Anstieg um rund 50 Prozent gekommen. Mittlerweile summiert sich die Zahl der jährlichen Fälle auf fast 56.000. Damit erreichte sie wieder das Vor-Corona-Niveau und liegt etwa auf dem Stand des Jahres 2017. Zuletzt verzeichnete das Baugewerbe einen Anstieg der Insolvenzbetroffenheit – es folgt der Handel. Mit einem Anteil von 35,5 Prozent entfielen auch die meisten Insolvenzfälle auf den Handel. Der Anteil des Bausektors stieg auf 21,0 Prozent.

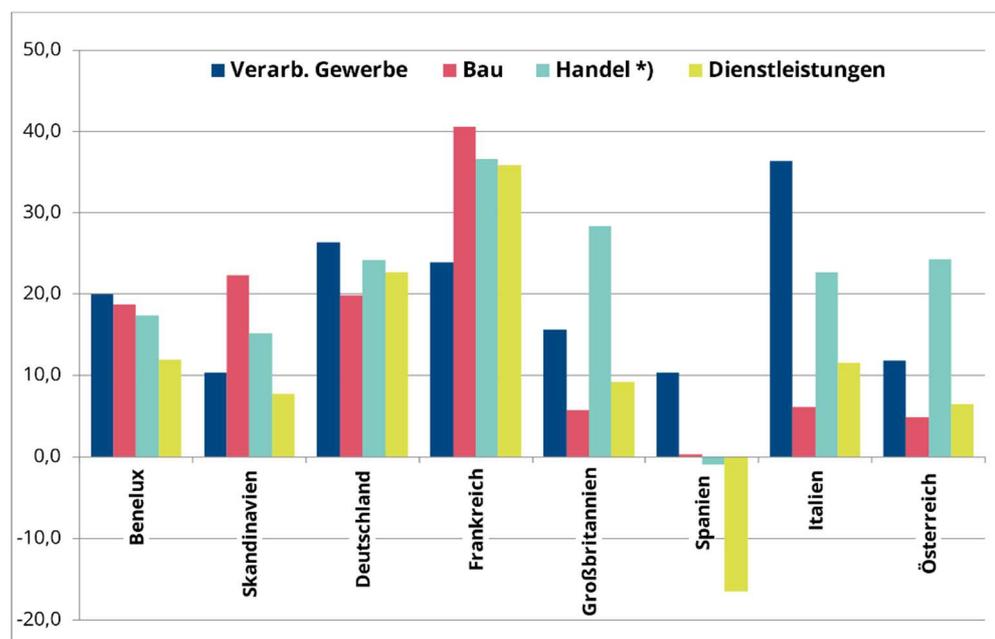
Griechenland

Nach Angaben der griechischen Zentralbank ist die Anzahl der beantragten Insolvenzen im Jahr 2023 deutlich gestiegen, was auf neue gesetzliche Regelungen für Unternehmen und Privatpersonen zurückzuführen ist. Die jährlichen Fallzahlen stiegen deutlich auf 1.412 an (Vorjahr: 46). Darüber hinaus ist anzunehmen, dass zahlreiche Unternehmen schließen, ohne Insolvenz anzumelden.

Großbritannien

In Großbritannien erreichte die Zahl der Unternehmensinsolvenzen einen langjährigen Höchststand. Nach einem Anstieg um 13,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr wurden 26.391 Fälle registriert. Bereits 2022 waren die Zahlen um gut 56 Prozent gestiegen. Bedingt durch Inflation, hohe Zinsen und Konsumschwäche geriet die Wirtschaft im Vereinigten Königreich im Verlauf des Jahres 2023 in die Rezession. In allen Wirtschaftssektoren zeigt sich ein wachsendes Insolvenzaufkommen. Besonders stark war der Anstieg zuletzt im Handel. Das Gros der Insolvenzen entfällt jedoch weiterhin auf den Dienstleistungssektor (42,7 Prozent), gefolgt vom Handel mit 30,8 Prozent.

Abb. 7: Veränderungen in den Hauptwirtschaftsbereichen nach Ländern bzw. Regionen 2022/23



Veränderungen in Prozent; *) inkl. Gastgewerbe; Quelle: Creditreform

Irland

In Irland wurden 2023 663 Unternehmensinsolvenzen registriert. Dies stellt einen spürbaren Anstieg um rund 25 Prozent im Vergleich zu den 530 Fällen des Vorjahres dar. Es handelt sich um den zweiten Anstieg in Folge, und das Insolvenzaufkommen erreichte wieder das Niveau des Jahres 2018. Am stärksten erhöhten sich die Insolvenzzahlen zuletzt

im Baugewerbe und im Handel. Der Dienstleistungssektor dominiert das Insolvenzgeschehen in Irland mit einem Anteil von 52,7 Prozent.

Italien

In Italien stieg die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um 17,9 Prozent. Nach dem Rückgang im Vorjahr war also wieder ein Anstieg zu verzeichnen. Im Verlauf des Jahres 2023 summierten sich die Fallzahlen auf 8.477. Damit bleibt das Insolvenzgeschehen jedoch insgesamt niedriger als vor der Corona-Krise. Möglicherweise erfolgen mittlerweile viele Marktaustritte (insbesondere von sehr kleinen Betrieben) nicht über ein reguläres Insolvenzverfahren. Im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Handel (inklusive Gastgewerbe) stiegen die Insolvenzzahlen zuletzt an. Der Handel macht dabei 33,3 Prozent des Insolvenzgeschehens in Italien aus, während auf das Verarbeitende Gewerbe 20,4 Prozent entfielen.

Luxemburg

In Luxemburg blieb die Zahl der Insolvenzen unter der Marke von 1.000, was zuletzt im Jahr 2017 der Fall war. Insgesamt wurden 944 Insolvenzen registriert – ein Rückgang um 6,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Dienstleistungssektor dominiert dabei mit einem Anteil von 63,9 Prozent. Zuletzt war ein deutlicher Anstieg der Fallzahlen im Baugewerbe zu verzeichnen.

Niederlande

In den Niederlanden stieg die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um fast 55 Prozent. Mit 2.871 Fällen wurde nicht nur der Vorjahreswert deutlich übertroffen, sondern die Zahl der Insolvenzen liegt damit auch wieder im Bereich der Vor-Corona-Werte. Alle Wirtschaftsbereiche verzeichneten einen starken Anstieg der Fallzahlen, wobei besonders der Handel hervorsteht. Mit einem Anteil von 29,3 Prozent am Insolvenzgeschehen zeigt der Handel mittlerweile ein hohes Insolvenzaufkommen. Dennoch dominiert das Geschehen weiterhin das Dienstleistungsgewerbe mit einem Anteil von fast 50 Prozent.

**Tab. 2: Insolvenzen nach Hauptwirtschaftsbereichen
2022/23 in ausgewählten Ländern und Regionen**

■	2023				2022			
	Verarb. Gewerbe	Bau-gewerbe	Handel *)	Dienst-leist. **)	Verarb. Gewerbe	Bau-gewerbe	Handel *)	Dienst-leist. **)
Belgien	5,5	21,8	39,8	33,0	5,5	21,1	39,3	34,1
Dänemark	6,0	18,5	25,0	50,5	5,5	16,2	23,9	54,3
Deutschland	7,4	16,0	19,1	57,4	7,2	16,4	18,9	57,5
Finnland	9,9	23,6	26,9	39,6	11,4	21,3	26,6	40,7
Frankreich	9,3	21,0	35,5	34,2	10,2	20,3	35,3	34,2
Großbritannien	9,2	17,4	30,8	42,7	9,1	18,8	27,4	44,7
Irland	6,0	13,4	27,9	52,7	5,5	10,4	22,3	61,8
Italien	20,4	17,1	33,3	29,3	17,7	19,1	32,1	31,1
Luxemburg	1,0	16,4	18,8	63,9	1,4	11,4	19,4	67,8
Niederlande	9,8	11,3	29,3	49,6	10,1	11,2	26,8	51,9
Norwegen	6,2	27,0	32,7	34,1	6,2	27,4	31,4	35,0
Österreich	4,0	15,4	32,8	47,8	4,0	16,4	29,5	50,2
Portugal	23,0	16,0	21,0	40,0	21,0	16,0	22,0	41,0
Schweden	5,1	18,4	28,6	47,9	5,5	17,4	29,7	47,5
Schweiz	5,6	21,1	24,6	48,6	5,5	20,6	25,1	48,8
Spanien	16,7	16,8	35,9	30,6	14,5	16,0	34,6	35,0
Gesamt	9,1	19,1	31,0	40,8	9,1	18,8	29,8	42,2

Angaben in Prozent; *) inkl. Gastgewerbe; **) evtl. fehlende Branchen-angaben wurden zu Dienstleistungen gezählt

Norwegen

In Norwegen stiegen die Insolvenzzahlen stärker als im europäischen Durchschnitt. Mit 3.745 Fällen wurde das Vorjahresniveau (3.040 Fälle) um gut 23 Prozent übertroffen. Trotz des jüngsten Anstiegs blieb die Zahl der Unternehmensinsolvenzen unter dem Vor-Corona-Niveau. In allen Wirtschaftsbereichen sind die Insolvenzzahlen zweistellig gestiegen. Der Handel (inklusive Gastgewerbe) hat einen Anteil von 32,7 Prozent am Insolvenzaufkommen, während das Dienstleistungsgewerbe einen Anteil von 34,1 Prozent ausmacht.

Österreich

Nach einem Anstieg um 11,7 Prozent im Jahr 2023 wurden 5.490 Unternehmensinsolvenzen in Österreich registriert – der höchste Stand seit 2016. Die Phase der niedrigen Insolvenzzahlen während der

Pandemie ist damit zu Ende gegangen. Überdurchschnittlich stark stiegen die Zahlen zuletzt im Handel (inklusive Gastgewerbe). So entfielen 32,8 Prozent aller Insolvenzen auf Unternehmen aus diesem Sektor. Das Dienstleistungsgewerbe macht hier 47,8 Prozent des Insolvenzgeschehens aus.

Portugal

In Portugal blieben die Insolvenzzahlen leicht unter dem Vorjahresniveau (minus 4,2 Prozent) und der Rückgang aus den Vorjahren setzte sich damit fort. Mit 3.706 Fällen wurde der niedrigste Stand seit 2008 erreicht. 40,0 Prozent der Insolvenzfälle entfielen auf den Dienstleistungssektor, während der Handel 21,0 Prozent ausmacht. Gegen den Trend verzeichnete das Verarbeitende Gewerbe einen leichten Anstieg der Fallzahlen.

Schweden

In Schweden verzeichnete man einen deutlichen Anstieg der Unternehmensinsolvenzen um 28,7 Prozent. Dieser Anstieg fiel stärker aus als im Vorjahr (plus 5,8 Prozent). Im Jahresverlauf wurden insgesamt 9.397 Fälle registriert – der höchste Stand in den letzten 15 Jahren. Eine deutliche Steigerung der Fallzahlen gab es im Baugewerbe. Der Anteil des Bausektors am nationalen Insolvenzgeschehen erreichte damit 18,4 Prozent, obwohl weiterhin das Dienstleistungsgewerbe mit einem Anteil von 47,9 Prozent dominiert.

Schweiz

In der Schweiz stiegen die Unternehmensinsolvenzen das dritte Jahr in Folge. Die Fallzahlen erhöhten sich um 8,0 Prozent und insgesamt wurden 7.335 Unternehmensinsolvenzen gemeldet. Damit wurde das Vor-Corona-Niveau deutlich überschritten. Insbesondere im Baugewerbe und im Verarbeitenden Gewerbe kam es zu Zuwächsen. Dennoch hat der Sektor des Dienstleistungsgewerbes weiterhin den höchsten Anteil am Insolvenzgeschehen (48,6 Prozent) – es folgt der Handel mit 24,6 Prozent.

Spanien

Spanien erlitt 4.544 Unternehmensinsolvenzen, was einen leichten Rückgang um 4,4 Prozent gegenüber dem Jahr 2022 darstellt. Der Anstieg aus dem Vorjahr setzte sich nicht fort und der aktuelle Wert liegt auf dem Niveau des Jahres 2019. Zuletzt erhöhten sich jedoch die Insolvenzen im Verarbeitenden Gewerbe.

Tab. 3: Insolvenzquoten 2023 in Westeuropa

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Belgien	147
Dänemark	294
Deutschland	60
Finnland	108
Frankreich	132
Griechenland	17
Großbritannien	102
Irland	25
Italien	23
Luxemburg	266
Niederlande	22
Norwegen	127
Österreich	130
Portugal	39
Schweden	118
Schweiz	182
Spanien	15
Westeuropa	74

Quellen: Eurostat, Stat. Bundesamt, eigene Berechnungen

Unter der Einschränkung eines unterschiedlichen Insolvenzrechts in den Ländern Westeuropas und der Vergleichbarkeit der Statistiken zum Unternehmensbestand zeigt die Aufstellung der Insolvenzquoten deutliche Unterschiede in der relativen Insolvenzbetroffenheit. Dabei ist ein geregeltes Insolvenzverfahren nur eine Möglichkeit des Marktaustritts. Teilweise, wie beispielsweise in Südeuropa, sind Insolvenzverfahren dafür nicht der typische Weg. Im Gegenteil: Schließungen und sonstige Liquidationen werden in der Regel gewählt und verzerren den europaweiten Vergleich der Insolvenzquoten.

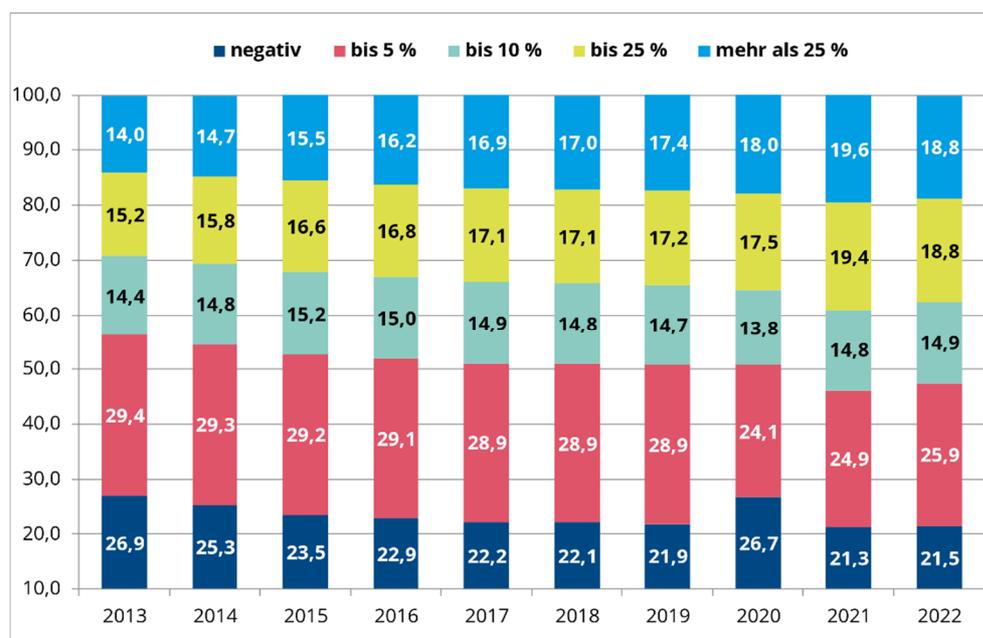
■ 2 Finanzierungs- und Liquiditätssituation europäischer Unternehmen

2.1 EBIT-Marge – Umsätze und Erträge

Durch die Analyse der Jahresabschlüsse von 3,29 Millionen westeuropäischen Unternehmen lassen sich die Ertragssituation und ihre Veränderungen im Zeitverlauf untersuchen. Auf dieser Basis können Rückschlüsse auf mögliche Insolvenzrisiken gezogen werden. Die folgenden Auswertungen und Ergebnisse basieren auf den Daten der Jahresabschlüsse.

EBIT unter Druck – Erholung verpufft

Abb. 8: EBIT-Marge bei westeuropäischen Unternehmen



Angaben in Prozent; Quelle: Creditreform

Nachdem viele Unternehmen im Corona-Jahr 2020 eine schlechte Ertragslage verzeichneten und 26,7 Prozent von ihnen ein negatives EBIT aufwiesen, zeigte sich im Jahr 2021 eine Erholung. Doch dieser positive Effekt scheint sich 2022 verflüchtigt zu haben. Wieder wiesen mehr Unternehmen eine negative oder sehr niedrige Gewinnmarge auf. Demnach erwirtschafteten 21,5 Prozent der Unternehmen Verluste, während mehr als jeder Vierte (25,9 Prozent) eine Marge von maximal 5 Prozent aufwies. Eine sehr hohe Gewinnmarge von mehr als 25 Prozent erwirtschafteten 18,8 Prozent (Vorjahr: 19,6 Prozent). Dies

stellt im Vergleich der letzten 10 Jahre einen bemerkenswert hohen Wert dar (vgl. Abb. 8). Es zeigt sich, dass der grundsätzliche Trend zu finanziell stabilen und gesunden Unternehmen auch 2022 weiter Bestand hatte. Die Rezession des Jahres 2023, die sich in den vorliegenden Daten noch nicht spiegelt, dürfte die Ertragslage jedoch einem weiteren Stresstest unterzogen haben.

Tab. 4: EBIT-Marge im Jahr 2022 in ausgewählten Wirtschaftsbereichen

■	Baugewerbe	Handel *)
negativ	17,9 (18,4)	22,9 (22,5)
bis 5 %	28,4 (28,1)	36,9 (34,5)
bis 10 %	18,2 (17,6)	17,1 (17,3)
bis 25 %	21,7 (21,4)	15,8 (17,5)
mehr als 25 %	13,8 (14,5)	7,3 (8,2)

Angaben in Prozent; () = 2021; *) inkl. Gastgewerbe; Quelle: Creditreform

Die anhaltend schwierige wirtschaftliche Lage der Handelsbranche spiegelt sich deutlich in den EBIT-Margen. Im Jahr 2022 wiesen 22,9 Prozent der Unternehmen eine negative Gewinnmarge auf, während der Anteil der Unternehmen mit einer Marge von höchstens 5 Prozent auf 36,9 Prozent stieg. Lediglich 7,3 Prozent der Unternehmen dieser Sparte konnten eine sehr hohe Gewinnmarge von mehr als 25 Prozent erreichen.

Im Baugewerbe wiesen 2022 17,9 Prozent der Unternehmen Verluste auf (Vorjahr: 18,4 Prozent). Gleichzeitig verzeichneten mit 13,8 Prozent weniger Unternehmen als im Vorjahr (14,5 Prozent) eine hohe EBIT-Marge. Dennoch blieb die Ertragssituation im Baugewerbe weitgehend stabil.

2.2 Eigenkapital

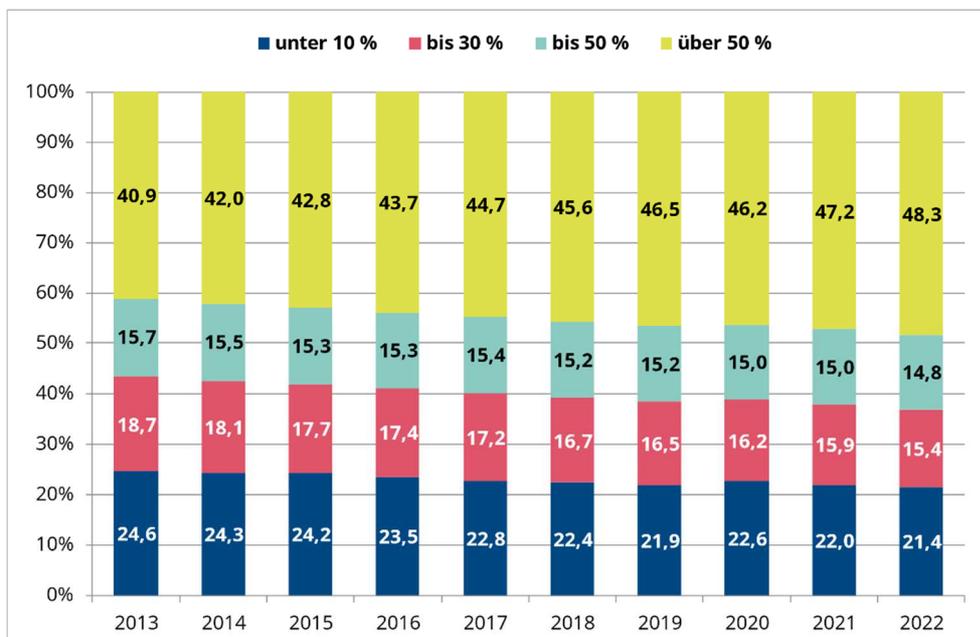
Die Eigenkapitalquoten der westeuropäischen Unternehmen haben sich weiter erholt. Dazu beigetragen haben dürfte die Verteuerung von Krediten, die Fremdkapital unattraktiver machte. Der Anteil der Unternehmen mit einer hohen Eigenkapitalquote

Eigenkapital gestiegen

von über 50 Prozent erhöhte sich auf 48,3 Prozent (Vorjahr: 47,2 Prozent). Damit gelten so viele Unternehmen als eigenkapitalstark wie seit mehr als 10 Jahren nicht mehr.

Zudem verzeichneten 21,4 Prozent der Unternehmen eine sehr niedrige Eigenkapitalquote von weniger als 10 Prozent. Im Jahr zuvor waren es noch 22,0 Prozent. Auch in einer längerfristigen Betrachtungsweise verringerte sich der Anteil der schwach kapitalisierten Unternehmen (vgl. Abb. 9). Im Vergleich zu 2013 (24,6 Prozent) wiesen 2022 deutlich weniger Unternehmen eine Eigenkapitalschwäche auf.

Abb. 9: Eigenkapitalquoten in Westeuropa



Angaben in Prozent; Quelle: Creditreform

Im Verarbeitenden Gewerbe verbesserten sich die Eigenkapitalquoten spürbar. Im Jahr 2022 wiesen 42,3 Prozent der Unternehmen eine hohe Eigenkapitalquote von über 50 Prozent auf. Seit 2011 ist dieser Anteil um 9,7 Prozentpunkte gewachsen. Knapp ein Fünftel der Unternehmen (19,1 Prozent) gilt hier als eigenkapitalschwach (Vorjahr: 19,8 Prozent).

Tab. 5a: Eigenkapitalquoten bei westeuropäischen Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe

■	2022	2021	2020	2019	2018
unter 10 %	19,1	19,8	20,2	20,1	20,8
bis 30 %	19,3	19,8	19,9	20,5	20,9
bis 50 %	19,3	19,2	19,1	19,0	19,1
mehr als 50 %	42,3	41,2	40,8	40,5	39,2

Angaben in Prozent; Quelle: Creditreform Datenbank und eigene Berechnungen

Im Baugewerbe hat sich der Anteil der eigenkapitalstarken Unternehmen ebenfalls weiter erhöht. 38,6 Prozent der Unternehmen (Vorjahr: 37,3 Prozent) verfügten 2022 über eine Eigenkapitalquote von mehr als 50 Prozent. Zudem wiesen weniger Unternehmen als im Vorjahr eine Eigenkapitalquote von unter 10 Prozent auf. Der Anteil dieser eigenkapitalstarken Firmen lag zuletzt bei 23,2 Prozent, während es im Vorjahr 24,4 Prozent waren. In einer längerfristigen Betrachtung seit 2011 hat sich dieser Anteil sogar um 6,4 Prozentpunkte verringert, während der Anteil der eigenkapitalstarken Unternehmen in diesem Zeitraum um 10,1 Punkte gestiegen ist.

Tab. 5b: Eigenkapitalquoten bei westeuropäischen Unternehmen im Baugewerbe

■	2022	2021	2020	2019	2018
unter 10 %	23,2	24,4	24,9	23,8	24,6
bis 30 %	19,6	19,9	20,0	19,9	20,4
bis 50 %	18,6	18,4	18,4	18,6	18,7
mehr als 50 %	38,6	37,3	36,7	37,7	36,3

Angaben in Prozent; Quelle: Creditreform Datenbank und eigene Berechnungen

Auch im Handel waren Verbesserungen beim Eigenkapital zu verzeichnen. Der Anteil der eigenkapitalstarken Unternehmen erhöhte sich auf 38,2 Prozent. Als eigenkapitalstark gelten hier 24,4 Prozent der Unternehmen. Bei jedem vierten Unternehmen liegt die Eigenkapitalquote also unter der 10-Prozent-Marke. Damit sind weniger Unternehmen betroffen als in den Vorjahren.

Tab. 5c: Eigenkapitalquoten bei westeuropäischen Unternehmen im Handel (inkl. Gastgewerbe)

■	2022	2021	2020	2019	2018
unter 10 %	24,4	24,9	26,4	25,5	26,3
bis 30 %	19,7	20,3	20,8	21,2	21,5
bis 50 %	17,7	17,8	17,6	17,5	17,5
mehr als 50 %	38,2	37,0	35,2	35,8	34,8

Angaben in Prozent; Quelle: Creditreform Datenbank und eigene Berechnungen

Auch die Unternehmen aus dem Dienstleistungssektor zeigen eine positive Entwicklung beim Eigenkapital. Der Anteil der Unternehmen mit einer sehr guten Eigenkapitalausstattung (Eigenkapitalquote über 50 Prozent) ist auf 52,4 Prozent gestiegen, während der Anteil der eigenkapitalschwachen Unternehmen zuletzt von 21,5 auf 21,0 Prozent zurückging. Damit weisen deutlich weniger Dienstleister als noch vor einigen Jahren eine Eigenkapitalschwäche auf. Zum Vergleich: Im Jahr 2011 waren es noch 23,5 Prozent.

Tab. 5d: Eigenkapitalquoten bei westeuropäischen Unternehmen im Dienstleistungsgewerbe

■	2022	2021	2020	2019	2018
unter 10 %	21,0	21,5	21,4	21,0	21,3
bis 30 %	13,4	13,8	14,1	14,3	14,6
bis 50 %	13,2	13,4	13,6	13,8	14,0
mehr als 50 %	52,4	51,4	50,9	50,8	50,1

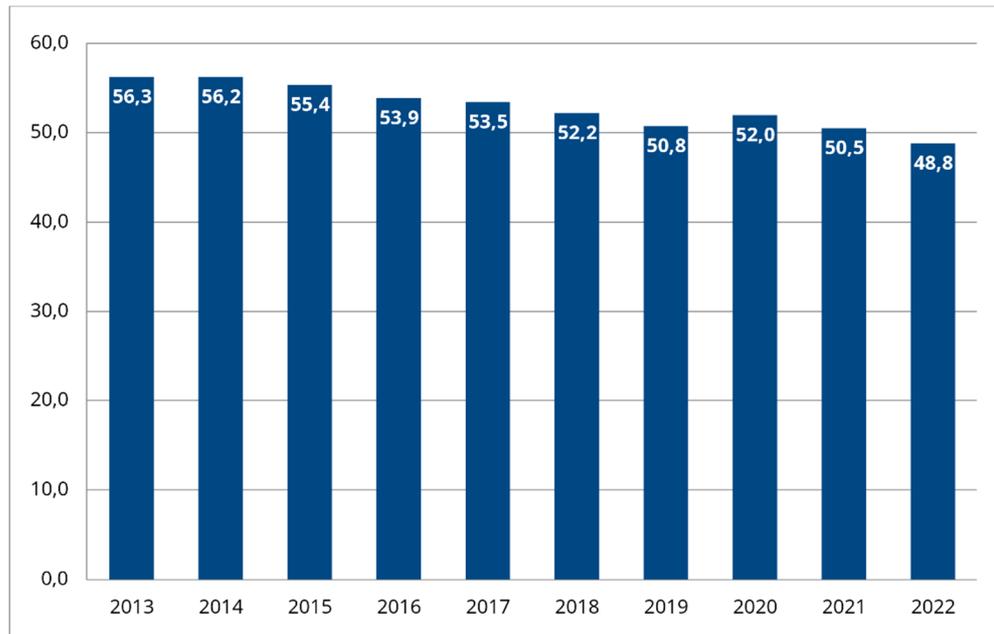
Angaben in Prozent; Quelle: Creditreform Datenbank und eigene Berechnungen

2.3 Forderungslaufzeiten

Die durchschnittliche Forderungslaufzeit in Westeuropa hat sich weiter verringert. Nach 50,5 Tagen im Vorjahr sank diese Außenstandsdauer im Jahr 2022 auf 48,8 Tage. Damit liegt die Forderungslaufzeit auf dem niedrigsten Stand seit über 10 Jahren (vgl. Abb. 10), was für Lieferanten und Leistungserbringer bedeutet, dass sich die Zeitspanne bis zur Bezahlung ihrer Leistungen oder Waren verkürzt hat.

Forderungslaufzeit erstmals unter 50 Tagen

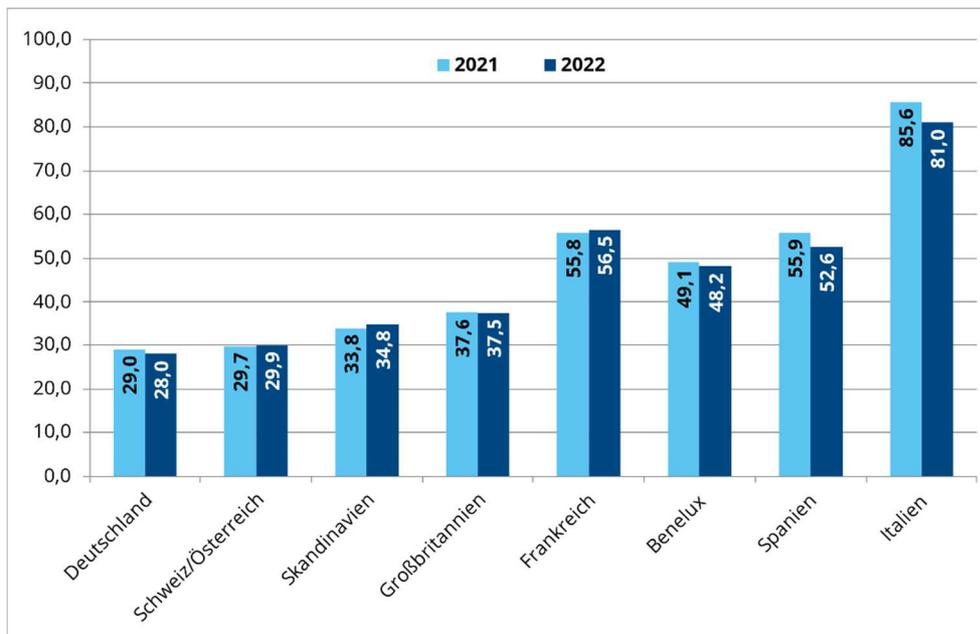
Abb. 10: Forderungslaufzeit in Westeuropa (in Tagen)



Angaben = Medianwerte; Laufzeit: mind. 1 Tag; Quelle: Creditreform

In den Ländern Westeuropas entwickelten sich die Forderungslaufzeiten unterschiedlich. Ausgeprägte Rückgänge waren in Italien und in Spanien zu verzeichnen. Auch in den Benelux-Ländern und in Deutschland verringerte sich die Außenstandsdauer. In anderen Ländern hingegen war ein Anstieg der Forderungslaufzeit zu verzeichnen – wie beispielsweise in Frankreich. Damit liegt diese Kennzahl dort mittlerweile deutlich höher als vor 10 Jahren. Die Laufzeiten erhöhten sich zuletzt auch in Skandinavien. Negativer Spitzenreiter der Forderungsreichweite bleibt Italien, wo durchschnittlich 81 Tage vergehen, bis Rechnungen bezahlt sind. Dennoch haben sich die Wartezeiten für Gläubiger in den letzten Jahren erheblich entspannt, da die Außenstandsdauer in Italien vor 10 Jahren noch bei rund 105 Tagen lag.

Abb. 11: Forderungslaufzeiten in Europa (in Tagen)



Angaben = Medianwerte; Laufzeit: mind. 1 Tag; Quelle: Creditreform

2.4 Zahlungsziele

Die Lieferanten und Leistungserbringer haben ihre Zahlungsziele zuletzt gekürzt. Das durchschnittliche Zahlungsziel in Westeuropa ist auf 25,0 Tage gesunken. Zum Vergleich: Im Jahr 2021 lag die Zahlungsfrist bei 26,2 Tagen. Es sind weiterhin deutliche Unterschiede in den einzelnen Ländern zu beobachten. So erhöhte sich das Zahlungsziel beispielsweise leicht in den Benelux-Ländern und in Deutschland. In Italien war sogar ein deutlicher Anstieg auf durchschnittlich 62,0 Tage zu verzeichnen. Unter anderem in Spanien, Portugal und Großbritannien wurden hingegen die Zahlungsfristen eingeschränkt, so dass Lieferanten kürzere Zahlungsziele einzuhalten hatten.

Zahlungsziele wurden gekürzt

Tab. 6: Zahlungsziele in Tagen bei westeuropäischen Unternehmen

■	2022	2021
Skandinavien	14,7	14,8
Deutschland	15,1	14,8
Österreich/Schweiz	17,6	17,6
Großbritannien	18,0	18,4
Portugal	25,5	27,6
Spanien	25,6	27,6
Benelux	27,4	27,1
Frankreich	27,5	27,4
Italien	62,0	59,3

Angaben = Medianwerte; Laufzeit: mind. 1 Tag; Quelle: Creditreform

■ 3 Unternehmensinsolvenzen in Mittel- und Osteuropa

Auch in Osteuropa sind die Insolvenzzahlen gestiegen, allerdings ist der Zuwachs von rund 8 Prozent weitgehend auf vermehrte Liquidationen in Ungarn zurückzuführen (plus 14,6 Prozent). In sechs der zwölf untersuchten Länder hingegen gingen die Fallzahlen zurück. Dabei reicht die Spanne von minus 22,3 Prozent in Kroatien bis minus 3,7 Prozent in Bulgarien. In Rumänien blieb die Zahl der Insolvenzen nahezu unverändert. Einen prozentualen Anstieg verzeichneten außer Ungarn noch Estland, Serbien, die Slowakei und Tschechien. Insgesamt wurden in Osteuropa fast 65.000 Unternehmensinsolvenzen registriert – im Vorjahr waren es gut 60.000 Fälle.

Es folgt der Überblick über die aktuellen Insolvenzentwicklungen in den einzelnen Ländern.

In **Bulgarien** wurden im Jahresverlauf 2023 818 Unternehmensinsolvenzen verzeichnet. Damit nahmen die Fallzahlen wieder ab und blieben deutlich unter dem bisherigen Höchststand aus dem Jahr 2020. Der Großteil der Insolvenzfälle entfiel auf die Branchen Handel, Tourismus und Gastgewerbe, wodurch schätzungsweise 7.000 Beschäftigte betroffen waren.

Uneinheitliche Entwicklung in Osteuropa

Tab. 7: Unternehmensinsolvenzen in Mittel- und Osteuropa

■	2023	2022	2021	2020	2019	Veränderung 2022/23 in Prozent
Bulgarien	818	849	525	1.327	996	- 3,7
Estland	141	98	107	155	148	+ 43,9
Kroatien ¹⁾	4.351	5.602	4.975	4.113	5.981	- 22,3
Lettland	242	307	242	375	560	- 21,2
Litauen	959	1.103	738	822	2.574	- 13,1
Polen	261	288	410	580	645	- 9,4
Rumänien	6.650	6.649	6.113	5.564	6.384	0,0
Serbien	1.603	1.458	1.748	1.828	2.075	+ 9,9
Slowakei	332	279	265	167	249	+ 19,0
Slowenien	872	938	1.016	1.125	1.294	- 7,0
Tschechien ²⁾	1.012	992	1.220	1.091	926	+ 2,0
Ungarn ³⁾	47.625	41.564	21.736	19.771	10.977	+ 14,6
Gesamt	64.866	60.127	39.095	36.918	32.809	+ 7,9

¹⁾ eröffnete Verfahren pro Jahr

²⁾ Insolvenzanträge ohne Selbstständige

³⁾ Insolvenz- und Liquidationsverfahren

In **Estland** blieben die Fallzahlen mit 141 Insolvenzfällen im Jahr 2023 zwar zahlenmäßig gering, allerdings war gegenüber dem Vorjahr ein deutlicher prozentualer Anstieg um 43,9 Prozent zu verzeichnen. Damit scheint sich der Trend umgekehrt zu haben, nachdem die Zahlen in den Jahren 2021 und 2022 gesunken waren. Nachholeffekte aus den Corona-Jahren, die Verschlechterung der Wirtschaftslage und ein schwacher Handel mit den Nachbarländern haben zu diesem Anstieg beigetragen.

In **Kroatien** sank die Zahl der Insolvenzen innerhalb eines Jahres um mehr als 22 Prozent. Insgesamt wurden hier 4.351 Insolvenzanträge registriert. Die meisten Betroffenen durchliefen dabei ein vereinfachtes Verfahren mangels Masse. Mit fast 40 Prozent entfielen die meisten Insolvenzen auf den Handelssektor und das Gastgewerbe (vgl. Tab. 8)

In **Lettland** wurden 2023 242 Unternehmensinsolvenzen verzeichnet – ein Rückgang um rund 21 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Trotz der Verschlechterung der ökonomischen Rahmenbedingungen hat

sich dies bisher nicht auf das Insolvenzgeschehen ausgewirkt. Die Zahlen blieben auch im Jahr 2023 unter dem Vor-Corona-Niveau. Insbesondere die Insolvenzzahlen im Handel sind gesunken, während der Anteil des Dienstleistungssektors auf rund ein Drittel angewachsen ist (vgl. Tab. 8).

In **Litauen** nahm die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um 13,1 Prozent auf 959 Fälle ab. Dazu beigetragen haben dürfte, dass das Sozialversicherungssystem als Gläubiger weniger Insolvenzverfahren einleitete. Der Anstieg aus dem Vorjahr setzte sich zunächst nicht fort und das Insolvenzgeschehen entspannte sich wieder etwas. Das Insolvenzaufkommen ist weiterhin niedriger als vor der Corona-Pandemie. Der Großteil des Insolvenzgeschehens spielte sich im Handel (inklusive Gastgewerbe) und im Dienstleistungsgewerbe ab (vgl. Tab. 8). Rund 5.500 Beschäftigte waren betroffen.

In **Polen** nahm die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um 9,4 Prozent ab. Bereits im Vorjahr (2022) waren weniger Anträge registriert worden. Im Jahr 2023 kam es somit zu 261 Unternehmensinsolvenzen. Damit liegen die Zahlen weiterhin deutlich niedriger als vor der Corona-Pandemie. Die Zahl der betroffenen Arbeitsplätze nahm ebenfalls ab – schätzungsweise 11.000 Beschäftigte haben ihren Job verloren. Fast 30 Prozent der Insolvenzanträge kamen diesmal aus dem Verarbeitenden Gewerbe, während auch der Anteil des Handels auf mittlerweile 27,2 Prozent gestiegen ist (vgl. Tabelle 8).

Im Jahr 2023 zeigte **Rumänien** eine gleichbleibende Insolvenzrate, wobei insgesamt rund 6.500 Fälle registriert wurden. Besonders bei kleinen Unternehmen wurden jedoch vermehrt Insolvenzen festgestellt. Die Wirtschaftsbereiche, die am stärksten betroffen waren, waren erneut der Handel (inkl. Gastgewerbe) mit einem Anteil von 33,3 Prozent und der Dienstleistungssektor mit 26,8 Prozent.

**Tab. 8: Insolvenzen nach Hauptwirtschaftsbereichen
2022/23 in ausgewählten Ländern und Regionen**

■	2023				2022			
	Verarb. Gewerbe	Bau-gewerbe	Handel *)	Dienst-leist. **)	Verarb. Gewerbe	Bau-gewerbe	Handel *)	Dienst-leist. **)
Kroatien	11,9	17,1	39,7	31,4	11,8	15,5	39,3	33,4
Lettland	16,5	14,9	35,1	33,5	16,6	15,9	37,8	29,6
Litauen	12,4	20,9	34,5	32,2	11,2	20,6	35,0	33,3
Polen	29,9	13,4	27,2	29,5	26,3	18,1	23,8	31,6
Rumänien	17,5	22,4	33,3	26,8	19,6	21,3	34,5	24,6
Tschechien	25,2	10,1	44,7	20,1	24,9	10,1	44,9	20,2
Ungarn	7,3	21,3	33,3	38,1	8,1	18,0	29,4	44,5

Angaben in Prozent; *) inkl. Gastgewerbe; **) evtl. fehlende Branchen-angaben wurden zu Dienstleistungen gezählt

Im Jahr 2023 wurden in **Serbien** 1.603 neue Insolvenzfälle verzeichnet, was einem Anstieg um rund 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Angesichts einer erneuten Zunahme der Anzahl überschuldeter Unternehmen und gesperrter Konten könnte dieser Trend auch in Zukunft anhalten und zu weiteren Anstiegen der Insolvenzzahlen führen.

Die Insolvenzen in der **Slowakei** stiegen im Jahr 2023 um 19 Prozent an, wobei 332 Fälle registriert wurden (2022: 279 Fälle). Das Insolvenzaufkommen liegt damit höher als vor der Corona-Zeit, was auf die derzeitige Verschlechterung der Wirtschaftslage in Osteuropa zurückzuführen sein dürfte.

Im Jahr 2023 wurden in **Slowenien** 872 Unternehmensinsolvenzen verzeichnet, was einem Rückgang um 7,0 Prozent entspricht und darauf hinweist, dass sich das Insolvenzgeschehen weiter abschwächt. Bereits im Vorjahr (2022) waren die Zahlen zurückgegangen.

Die Zahl der Insolvenzen in **Tschechien** stieg leicht um 2,0 Prozent an. Mit 1.012 Unternehmensinsolvenzen wurde jedoch der Höchststand aus dem Jahr 2021 (1.220 Fälle) nicht wieder erreicht. Der Handel (inkl. Gastgewerbe) trägt mit rund 45 Prozent den größten Teil des Insolvenzaufkommens bei.

In **Ungarn** wurden mehr als 47.600 Liquidationen verzeichnet, was einem Anstieg um 14,6 Prozent entspricht. Besonders stark angestiegen sind die Fälle im Handel (inkl. Gastgewerbe), wo etwa ein Drittel aller Liquidationen stattfinden.

■ 4 Insolvenzen in der Türkei

In der Türkei wurden für das Jahr 2023 fast 27.000 Unternehmensauflösungen durch Insolvenz gemeldet, was einen deutlichen Anstieg gegenüber dem Vorjahr (24.303 Insolvenzfälle) darstellt. Dies war der vierte Anstieg in Folge – seit 2019 stiegen die Zahlen kontinuierlich an.

Mehr Geschäftsaufgaben in der Türkei

Die türkische Wirtschaftsentwicklung wurde durch die hohe Inflation und eine schwache Währung gebremst. Dennoch zeigte sich 2023 ein Wirtschaftswachstum, was wesentlich auf eine Reihe von sozialpolitischen Maßnahmen der Regierung zurückzuführen ist, die den Konsum ankurbelten. Zudem hielt die Notenbank die Zinsen lange Zeit niedrig. Erst im Verlauf des Jahres 2023 erfolgte ein Kurswechsel, um die hohe Inflation zu bekämpfen. Der Anstieg bei Insolvenzen und Unternehmenslösungen verdeutlicht die Fragilität dieser Wirtschaftspolitik.

Tab. 9: Unternehmensinsolvenzen in der Türkei

■	2023	2022	2021	2020	2019	Veränderung 2022/23 in Prozent
Türkei	26.952	24.303	17.184	15.949	14.050	+ 10,9

Im Baugewerbe wurden bei den Insolvenzzahlen nahezu die Werte des Vorjahres registriert, so dass der Anteil dieses Sektors am Insolvenzgeschehen zuletzt leicht auf 12,4 Prozent zurückging. Deutlich gestiegen sind hingegen die Insolvenzzahlen im Handel und im Dienstleistungssektor. Somit entfielen 2023 42,7 Prozent aller Insolvenzen auf den Handel und 27,2 Prozent auf den Dienstleistungssektor. Auch im Verar-

beitenden Gewerbe wurden mehr Insolvenzen verzeichnet, wobei sich der Anteil am Insolvenzgeschehen jedoch nicht veränderte. Es ist wichtig anzumerken, dass die in dieser Analyse erfassten Werte die Gesamtzahl der aufgelösten Gesellschaften umfassen. Selbstständige oder Einzelunternehmer wurden nicht hinzugerechnet.

**Tab. 10: Insolvenzen nach Hauptwirtschaftsbereichen
2022/23 in der Türkei**

■	Verarb. Gewerbe	Bau-gewerbe	Handel *)	Dienst-leist. **)
2023	17,7	12,4	42,7	27,2
2022	17,7	13,8	42,2	26,3
2023	4.770	3.349	11.507	7.326
2022	4.293	3.360	10.255	6.395

Angaben in Prozent und absolut; *) inkl. Gastgewerbe

***) evtl. fehlende Branchenangaben wurden zu Dienstleistungen gezählt

■ 5 Insolvenzen in den USA

Die Vereinigten Staaten verzeichneten 2023 einen deutlichen Anstieg der Unternehmensinsolvenzen. Mit 25.627 Insolvenzfällen wurde der Vorjahreswert von 21.479 Fällen um gut 19 Prozent übertroffen. Damit kam es erstmals seit 2019 wieder zu einem Anstieg der Insolvenzzahlen in den USA. Allerdings liegen die Insolvenzzahlen weiterhin deutlich niedriger als vor der Covid-Pandemie.

Die Zinserhöhungen der US-Notenbank Fed und eine allgemeine Verschärfung der Kreditbedingungen belasteten viele bereits stark verschuldete Unternehmen. Diese Entwicklungen führten zu einer Trendwende im Insolvenzgeschehen. Die Zahl der Verfahren unter dem Gläubigerschutzartikel 11 des US-amerikanischen Insolvenzrechts stieg sogar um rund 72 Prozent.

Zinswende lässt Insolvenzen steigen

Tab. 11: Unternehmensinsolvenzen in den USA

	2023	2022	2021	2020	2019	Veränderung 2022/23 in Prozent
■	25.627	21.479	22.339	32.517	38.944	+ 19,3

■ 6 Zusammenfassung

Für Europas Volkswirtschaften war 2023 ein herausforderndes Jahr. Der Wirtschaftsraum hatte mit einem schwachen Wachstum zu kämpfen. Globale Konjunkturimpulse blieben weitgehend aus, dagegen verstärkten zunehmende geopolitische Spannungen die Unsicherheit. Die Zentralbank (EZB) dämpfte mit Zinserhöhungen die Inflation, aber auch Konsum und Investitionen.

Die Insolvenzen in Westeuropa stiegen 2023 damit weiter an. Die Zahl der Firmeninsolvenzen erhöhte sich um etwa 21 Prozent im Vergleich zum Vorjahr auf knapp 170.000 Fälle. Mittlerweile hat sich die Situation über dem Vor-Corona-Niveau eingependelt. Im Jahr 2023 überstiegen die Insolvenzen in Westeuropa die Werte von 2017 bis 2019. Dies ist hauptsächlich auf die schlechte Wirtschaftslage zurückzuführen – verstärkt durch vorangegangene Krisen wie Energiekostensteigerungen, Inflation und Covid-19. Viele Unternehmen wurden wirtschaftlich beeinträchtigt, was den Insolvenzdruck verstärkte.

In den meisten Ländern Westeuropas stiegen die Insolvenzzahlen – besonders stark in den Niederlanden (plus 54,9 Prozent) und in Frankreich (plus 35,6 Prozent). Auch in Schweden, Irland, Finnland, Norwegen und Deutschland stiegen sie um mehr als 20 Prozent. Hingegen gab es Rückgänge in Dänemark, Luxemburg, Spanien und Portugal.

Die Insolvenzentwicklung in Westeuropa wurde maßgeblich von Frankreich (33,0 Prozent) und Großbritannien (15,6 Prozent) geprägt. Der Anteil der skandinavischen Länder am Insolvenzgeschehen ging leicht

zurück, während der Anteil Deutschlands stabil blieb. Im Vergleich zu 2018/19 gewann Großbritannien an Bedeutung, während Deutschlands und Italiens Anteile schrumpften.

In allen Hauptwirtschaftsbereichen stiegen die Insolvenzzahlen mit zweistelligen Raten. Besonders stark war der Anstieg im Handel (plus 24,8 Prozent), moderater war er im Dienstleistungsgewerbe (plus 16,2 Prozent). Im Verarbeitenden Gewerbe beschleunigte sich die Insolvenzentwicklung und der Zuwachs war höher als im Vorjahr. Gleichwohl liegen die Zahlen im Verarbeitenden Gewerbe noch knapp unter dem Jahr 2019.

Zur Finanzsituation der Unternehmen: Nach leichter Erholung der Gewinnsituation im Jahr 2021, scheint die positive Entwicklung wieder vorüber. 2022 verzeichnete eine zunehmende Zahl von Unternehmen Verluste oder sehr niedrige Gewinnmargen (47,4 Prozent; Vorjahr: 46,2 Prozent). Gleichzeitig wiesen 18,8 Prozent der Unternehmen eine sehr hohe Gewinnmarge von über 25 Prozent auf.

Die Eigenkapitalquoten der westeuropäischen Unternehmen haben sich 2022 hingegen erhöht. Der Anteil der Unternehmen mit einer Eigenkapitalquote von über 50 Prozent stieg auf 48,3 Prozent, während der Anteil der Unternehmen mit einer sehr niedrigen Eigenkapitalquote von weniger als 10 Prozent auf 21,4 Prozent sank. Im Vergleich zu 2013 gibt es nun deutlich weniger Unternehmen mit einer Eigenkapitalchwäche. Dies ist auch den steigenden Kosten für den Einsatz von Fremdkapital geschuldet.

Die durchschnittliche Forderungslaufzeit in Westeuropa hat sich verringert. Sie sank von 50,5 Tagen im Vorjahr auf 48,8 Tage im Jahr 2022. Damit erreichte die Forderungslaufzeit den niedrigsten Stand seit 10 Jahren. Das bedeutet für Lieferanten und Leistungserbringer, dass sich die Zeitspanne bis zur Bezahlung ihrer Leistungen oder Waren verkürzt hat.

Auch in Osteuropa stiegen die Insolvenzzahlen, wobei weitgehend Ungarn für den Anstieg von rund 8 Prozent verantwortlich war. In sechs von zwölf untersuchten Ländern gingen die Fallzahlen zurück. Die größten Rückgänge verzeichneten Kroatien (minus 22,3 Prozent) und Lettland (minus 21,2 Prozent). Einen Anstieg verzeichneten neben Ungarn auch Estland, die Slowakei, Serbien und Tschechien. Insgesamt wurden in Osteuropa fast 65.000 Unternehmensinsolvenzen registriert – im Vorjahr waren es gut 60.000 Fälle.

Im Jahr 2023 verzeichneten die Vereinigten Staaten mit 25.627 Fällen (Vorjahr: 21.479) einen deutlichen Anstieg der Unternehmensinsolvenzen (plus 19,3 Prozent).

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschaftsforschung
Hammfelddamm 13, D - 41460 Neuss
Leitung: Patrik-Ludwig Hantzsch
Tel.: (02131) 109-172
E-Mail: p.hantzsch@verband.creditreform.de

Alle Rechte vorbehalten

© 2024, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hammfelddamm 13, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten.

*Lizenzangaben sind nach Vereinbarung möglich.
Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.*

Neuss, 14. Mai 2024

Verzeichnis der Informationsquellen

Belgien:	StatBel Institut National des Statistique, Brüssel SPF Economie, P.M.E.
Dänemark:	Danmarks Statistik, Kopenhagen
Deutschland:	Verband der Vereine Creditreform e.V. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
Finnland:	Statistikcentralen Finland, Helsinki
Frankreich:	INSEE, Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques Banque de France
Griechenland:	ICAP Group S.A., Athen Bank of Greece National Statistical Service of Greece
Großbritannien:	Office for National Statistics, London, gov.uk The Insolvency Service
Irland:	Central Statistical Office Deloitte Ireland
Italien:	ISTAT, Istituto Nazionale di Statistica, Roma InfoCamere, Roma Banca D'Italia, Roma
Luxemburg:	Creditreform Luxembourg SA STATEC, Service Central de la Statistique et des Etudes Economiques
Niederlande:	Statistics Netherlands
Norwegen:	Statistics Norway
Österreich:	Creditreform Austria, Wien Österreichisches Statistisches Zentralamt
Portugal:	Instituto Nacional de Estatistica Iberinform-IGNIOS Portugal
Schweden:	Statistics Sweden Kronofogden, Amt für Beitreibung und Vollstreckung

Schweiz:	Schweiz. Verband Creditreform, St. Gallen Statistik Schweiz
Spanien:	Estadísticas Concursales
USA:	US-Department of Commerce, Economics and Statistics Administration, Washington D.C. United States Courts American Bankruptcy Institute/ Epiq AACER

Creditreform Gesellschaften in Osteuropa

Creditreform Eesti OÜ, Estland
 Creditreform Latvija SIA, Lettland
 Creditreform Lietuva UAB, Litauen
 Creditreform Polska Sp. z o.o., Polen
 Creditreform s.r.o., Slowakei
 Creditreform d.o.o., Slowenien
 Creditreform s.r.o., Tschechien
 Creditreform d.o.o. Kroatien
 Creditreform Romania
 Creditreform Bulgaria EOOD
 Creditreform Serbia
 Creditreform Turkey
 Creditreform Ukraine

Weitere Quellen:

Bureau van Dijk
 BMWi (Bundeswirtschaftsministerium)
 Europäische Zentralbank (EZB) Monatsberichte
 European Bank for Reconstruction and Development, Regional Economic Prospects
 Internationaler Währungsfonds (IWF), World Economic Outlook
 Germany Trade & Invest (GTAI)
 EuroStat, Europäische Kommission
 CreditControl Kft. Budapest